



NAJU-Positionspapier zum Klimaschutz

Die Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels sind längst mess- und sichtbar. An den Folgen werden insbesondere die jetzt jungen und nachfolgenden Generationen leiden. Neben erheblichen sozialen und ökonomischen Problemen drohen durch eine weitere Erhitzung des globalen Klimas irreversible Schäden für Natur und Umwelt. Um die Folgen des Klimawandels einzudämmen, hat sich die internationale Staatengemeinschaft 2015 mit dem Pariser Abkommen darauf verständigt, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, eine maximale Erwärmung von 1,5°C anzustreben.

Der Weltklimarat (IPCC) verdeutlicht in seinem Sonderbericht von 2018 sowie in dem im August 2021 veröffentlichten Band I des Sechsten Sachstandberichtes, dass die bisher getroffenen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen und eine große Diskrepanz zu den aus wissenschaftlicher Sicht notwendigen Klimaschutzmaßnahmen besteht. Vor dem Hintergrund, dass die Zeit für das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels schnell verstreicht und jedes Zehntelgrad Erwärmung für schwerwiegende Probleme sorgt, ist dies ein unhaltbarer Zustand. Als NAJU stehen wir im Sinne junger Menschen und einer intakten Natur für einen wirksamen Klimaschutz, der die globale Erwärmung schnellstmöglich bremst. Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits global spürbar und verschärfen sich zunehmend.

Daher fordern wir:

1. Eine ambitionierte und sozialverträgliche Klimapolitik der Bundesregierung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, die sich an dem 1,5°C -Ziel und den dafür aus wissenschaftlicher Sicht notwendigen Maßnahmen orientiert. Dazu müssen die Treibhausgasemissionen in Deutschland auf Nettonull bis 2035 gesenkt werden.
2. Eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen auf europäischer Ebene um mindestens 65% bis 2030 (im Vergleich zu 1990) sowie das Erreichen der Klimaneutralität auf EU-Ebene bis 2040.
3. Eine sozial- und naturverträgliche Energiewende mit einem vollständigen Kohleausstieg in Deutschland bis 2030.
4. Eine klimaschützende und nachhaltige Mobilität. Insbesondere müssen dabei die unterschiedlichen Voraussetzungen in Städten und auf dem Land berücksichtigt und der Verkehrssektor sozialverträglich transformiert werden.
5. Eine klimaverträgliche Agrarpolitik, die den Ansprüchen an eine klimaresiliente Landwirtschaft als Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen ebenso gerecht wird wie einer sicheren Zukunft für Landwirt*innen.
6. Umfangreiche Anpassungen an die bereits messbaren Auswirkungen des Klimawandels zum Schutz der Menschen sowie der natürlichen Lebensgrundlagen.
7. Eine umfassende Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen auf allen Ebenen.
8. Die umfangreiche Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bezüglich des Klimawandels, seiner Auswirkungen und der notwendigen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im Rahmen schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit.
9. Eine angemessene Klimafinanzierung zur Unterstützung von Ländern des globalen Südens. Dazu zählt die Anpassung an zukünftige Klimaschäden sowie der Ausgleich bereits existierender. Der deutsche Beitrag sollte bis 2025 auf 8 Mrd. US-Dollar jährlich steigen.
10. Die Anerkennung von Folgen des Klimawandels als Fluchtursache.
11. Als Industrieland mit einer globalen Verantwortung für die Menschen in den Ländern, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, muss Deutschland eine internationale Vorreiterrolle einnehmen. Dies sollte sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch bei den Vereinten Nationen gelten.

12. Der Schutz und die klimaresiliente Renaturierung von Ökosystemen als natürliche Kohlenstoffsenken.

Erläuterung und Begründung unserer Forderungen

1. Das zur Verfügung stehende CO₂-Budget gibt laut Sachverständigenrat für Umweltfragen den Rahmen für den angemessenen und notwendigen Beitrag Deutschlands zur Einhaltung der Pariser Klimaziele vor. Bei linearer Reduktion der Emissionen (basierend auf 2019) müsste Deutschland ab 2038 klimaneutral sein[1]. Von Fridays for Future Deutschland beauftragt, hat das Wuppertal Institut in einer Studie ermittelt, wie Klimaneutralität bereits 2035[2] machbar wäre. Dieses mit erheblichen Investitionen und einem gesellschaftlichen Umbau verbundene Ziel würde das globale CO₂-Budget nicht überproportional von Deutschland beansprucht sehen.
2. Mit dem Green Deal hat sich die Europäische Union auf den richtigen Weg gemacht. Mit ihrer langfristigen Klimastrategie legt sich die EU fest, bis 2050 Klimaneutralität erreichen zu wollen. Die Erhöhung des europäischen Reduktionsziels bis 2030 auf 55% kann hier nur ein erster Schritt sein und muss zeitnah weiter auf 65% netto (d.h. ohne Anrechnung von Senken) angehoben werden, um auch international ein wichtiges Zeichen zu setzen.[3]
3. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist essenziell für das Erreichen ambitionierter Klimaziele. Insbesondere der Ausbau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen muss dazu massiv vorangetrieben werden. Eine vollständige Energieversorgung mit Erneuerbaren bis 2030 ist umsetzbar[4] und von elementarer Bedeutung. Das bedeutet insbesondere erhebliche Investitionen in die Forschung zu Erneuerbaren Energien, den großflächigen Ausbau von Leitungs- und Speicherkapazitäten sowie den Abbau struktureller und bürokratischer Hürden. Die Herausforderungen mit dem Arten- und Naturschutz müssen deutlich adressiert und abgewogen werden, es bedarf des Einsatzes von Fachpersonal und regionalen Lösungen. Die Einbindung der Bürger*innen vor Ort ist fundamental für die Akzeptanz der notwendigen Energiewende.
4. Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die CO₂-Emissionen in Deutschland seit 1990 nicht gesunken sind[5], dabei wurden 2019 noch mehr als ein Fünftel der Emissionen im Verkehr verursacht. Die Wende zu einer postfossilen ressourcensparenden Mobilität ist nicht nur aus Sicht des Klimaschutzes, sondern auch aus gesundheitlichen und sozialen Gründen überfällig. Der Straßenverkehr macht in Deutschland fast 95% der Emissionen in diesem Sektor aus[6], so dass hier der entscheidende Hebel besteht. Ab 2030 sollen keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen werden. Allerdings kann die Lösung nicht sein, alle Fahrzeuge durch solche mit Elektro-Antrieb zu ersetzen. Einhergehend mit einer Preisreduzierung und dem Ausbau des ÖPNV sowie der Rad- sowie Fußverkehrsinfrastruktur, muss der individuelle Automobilverkehr deutlich reduziert werden. Für längere Distanzen muss die Bahn in der Taktung, der Preisgestaltung sowie dem Service angepasst werden, so dass Kurzstreckenflüge bis 1.000km entsprechend zeitnah ersetzt werden. Wir verweisen auf die Positionspapiere der NAJU[7] sowie des Deutschen Bundesjugendrings[8] zur Mobilitätswende.
5. Laut IPCC-Sonderbericht 2019 ist die Landnutzung weltweit für 23% aller Emissionen verantwortlich[9]. Die Landwirtschaft ist weltweit also einer der Haupttreiber für den Klimawandel und hat gleichzeitig massiv mit dessen Folgen zu kämpfen. Die NAJU trägt die Forderungen der Zukunftskommission Landwirtschaft[10] mit und setzt sich für einen Brückenschlag zwischen Naturschützer*innen und Landwirt*innen ein. Eine klimaresiliente Landwirtschaft sorgt nicht nur für Lebensmittelsicherheit weltweit und kann so die Versorgung einer steigenden Weltbevölkerung auch zukünftig garantieren, sondern sichert auch Jobs. Darüber hinaus ist der Umbau zu einer resilienten, fairen und naturnahen Landwirtschaft der Schlüssel für den Erhalt der Biodiversität[11].
6. Selbst wenn die Klimakrise nun deutlich bekämpft wird, werden wir auch in Deutschland vermehrt ihre Folgen und Auswirkungen mittelbar und unmittelbar zu spüren bekommen. Szenarien zu erstellen, um diese greifbar zu machen, kann nur ein erster Schritt sein. Die aktive und zeitnahe Anpassung von Entwässerungsanlagen oder Warnsystemen kann nicht schnell genug erfolgen. Grundsätzlich müssen Städte- und Häuserbau ebenso neu gedacht werden, wie viele andere Wirtschaftsbereiche auch. Aktiver Naturschutz sowie die Renaturierung und der Erhalt von Ökosystemen wie (Au-)Wäldern oder Mooren tragen aktiv zur Prävention bei. Positiv betrachtet lässt sich dieser Umbau

auch als Chance begreifen, entstehen doch neue Möglichkeiten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenlebens. Die notwendigen Investitionen werden wichtige wirtschaftliche Schübe sein. Hinzu kommt: Wer jetzt proaktiv investiert und Anstrengungen unternimmt, die Klimakrise einzudämmen, zahlt heute einen geringeren finanziellen sowie gesellschaftlichen Preis, als wenn in einigen Jahren ad-hoc Schutz- und Anpassungsmaßnahmen umgesetzt werden müssen.

7. Die Auswirkungen des Klimawandels werden in den kommenden Jahren zunehmen. Spüren werden das insbesondere jene Generationen, die heute noch jung sind und nicht die direkte Verantwortung für die enormen Treibhausgas-Emissionen tragen. Sie werden noch viele Jahre in der Welt leben, die ihnen übergeben worden ist und wären bei fortschreitendem Klimawandel dabei voraussichtlich stark in ihren Grundrechten eingeschränkt. So hat es das Bundesverfassungsgericht in seinem wegweisenden Urteil im Frühjahr 2021 festgestellt[12]. Entsprechend müssen junge Menschen an den politischen und gesellschaftlichen Prozessen ausreichend und umfassend beteiligt[13] werden. Nur so können sie die Welt von morgen, in der sie leben werden, heute schon mitgestalten. Diese Beteiligung muss auf allen politischen Ebenen gewährleistet sein, sei es durch Absenkung des Wahlalters[14] oder durch Schaffung entsprechender Gremien und Posten.
8. Wer auf die Herausforderungen, die der gesellschaftliche, technologische und kulturelle Umbau angesichts des Klimawandels in kurzer Zeit mit sich bringen wird, angemessen reagieren können muss, braucht Wissen und Handlungskompetenz. Bildungsarbeit im formellen sowie informellen Bereich ist von größter Bedeutung bei der Gestaltung der Welt in Zeiten des Klimawandels. Der Klimawandel und seine Auswirkungen müssen zentral in Bildungsplänen und Rahmenlehrplänen sein. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei nicht nur der bloße Umgang mit Kennzahlen und Fakten, sondern auch ein lösungs- und handlungsorientierter Ansatz. Nur mit der Kompetenz, sich Herausforderungen zu stellen, diese zu moderieren und unter Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven gezielt anzugehen, kann die Gesellschaft dem Klimawandel begegnen. Das Konzept einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung[15] ist dafür die Basis.
9. Bereits jetzt wird deutlich, dass die größten Schäden und Verluste die Länder treffen werden, die zu einem sehr geringen Anteil zu den Treibhausgasemissionen beitragen und zugleich nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen, sich gegen die Schäden präventiv zu schützen. Deutschland muss als reiche Industrienation seine Verantwortung anerkennen und einen relevanten Beitrag zur Klimafinanzierung leisten. Um das im Pariser Abkommen festgehaltene Zielniveau von jährlichen 100 Mrd. US-Dollar bis 2025 zu halten und anschließend auszubauen, sollte der deutsche Anteil auf jährlich 8 Mrd. US-Dollar bis dahin steigen und anschließend ggf. weiter erhöht werden, um einen deutschen Anteil von 10% an der Gesamtsumme sicherzustellen. Darüber hinaus muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Staatengemeinschaft die internationalen Finanzströme im Sinne des Klima- und Artenschutzes kanalisiert und steuert.
10. Bereits heute beeinflusst der Klimawandel und die daraus resultierende Umweltzerstörung die Lebensumstände vieler Menschen so sehr, dass sie gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Sowohl nach der Genfer Flüchtlingskonvention als auch nach dem deutschen Asylrecht steht diesen Menschen bislang kein Schutz zu. Die Bundesregierung muss auf internationaler Ebene dafür eintreten dies zu ändern und das nationale Recht anpassen.
11. Deutschland muss auch innerhalb der EU und auf internationaler Ebene für ambitionierte Reduktionsziele und konsequente Klimaschutzmaßnahmen eintreten. Insbesondere bei der Ausgestaltung von internationalen Handelsmechanismen mit CO₂-Emissionen fordern wir die Bundesregierung auf, für eine robuste, faire und sichere Ausgestaltung einzutreten, damit es, anders als unter dem Kyoto-Protokoll, nicht zu massivem Missbrauch kommt. Dies bedeutet, dass die Anrechenbarkeit von Zertifikaten aus dem Kyoto-Mechanismus stark reglementiert und eingeschränkt muss. Zudem müssen Doppelzählungen und Schlupflöcher im Regelwerk ausgeschlossen sowie eine zusätzliche Reduzierung der CO₂-Emissionen erwirkt werden.[16].
12. Die Zusammenhänge zwischen dem Verlust der Artenvielfalt und der Klimakrise sind eindeutig. Untrennbar und sich gegenseitig verstärkend stellen beide Entwicklungen eine Krise von existenzieller Bedeutung dar[17]. Der Schutz von Ökosystemen und biologischer Vielfalt muss künftig viel mehr Raum bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen einnehmen als bisher. Ohne konsequente Naturschutz- und Renaturierungsmaßnahmen können die Emissionsminderungsziele nicht erreicht werden, dies bestätigen die jüngsten Berichte von IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) und IPCC. Zudem sind intakte Ökosysteme notwen-

dig, um die Resilienz gegenüber dem sich ändernden Klima zu erhöhen. Natürliche Lösungen (sogenannte NBS, Nature-based Solutions) müssen in der Debatte um Klimaschutzmaßnahmen stärker als bisher bedacht werden[18]. Gleichzeitig müssen Klimaschutzmaßnahmen hinsichtlich ihres Einflusses auf die Biodiversität überprüft werden.

Wir verweisen auf die anderen Positionspapiere der NAJU und auf die Positionen des NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V..

Fußnoten

[1] https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Kurzfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=2

[2] <https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/5169/>

[3] <https://climateactiontracker.org/countries/eu/>

[4] <https://www.energywatchgroup.org/neue-studie-100-erneuerbare-energien-bis-2030-in-deutschland-moglich/>

[5] <https://www.bmuv.de/pressemitteilung/treibhausgasemissionen-sinken-2020-um-87-prozent/>
(außer im Corona-Jahr 2020)

[6] https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Kurzfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=2

[7] <https://www.naju.de/%C3%BCber-uns/positionen/verkehrspolitik/>

[8] <https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2020/2020-DBJR-POSITION-vv-mobilitaetswende.pdf>

[9] <https://www.ipcc.ch/srccl/>

[10] <https://www.bmuv.de/download/abschlussbericht-der-zukunftskommission-landwirtschaft>

[11] <https://www.naju.de/%C3%BCber-uns/positionen/%C3%B6kologische-landwirtschaft>

[12] <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/202-1/bvg21-031.html>

[13] <https://www.naju.de/%C3%BCber-uns/positionen/jugendbeteiligung/>

[14] <https://www.naju.de/%C3%BCber-uns/positionen/wahlalter/>

[15] <https://www.naju.de/%C3%BCber-uns/bne/>

[16]https://www.naju.de/app/download/14242484633/191209_NABU-Hintergrund_COP25_final.pdf?t=1576613340

[17]<https://www.ipcc.ch/srccl/>

[18] Siehe 14)

Beschlossen auf der Bundesdelegiertenversammlung der NAJU am 25. September 2021 in Köln.